

Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan

Matin Baraki

Ausgearbeitete Fassung der Rede auf der Demonstration am 20. September 2008 in Berlin

Aktueller Anlass für die Demonstrationen am 20.9.2008 in Berlin und Stuttgart war das „Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan“. Die Unterstützerliste war [lang](#) und die Liste der RednerInnen [beeindruckend](#). Die SprecherInnen der Demonstration in Berlin stellten in einer [Abschlussklärung](#) fest: „Sowohl die Beteiligung mit über 8.000 Menschen als auch die politischen Aussagen bei Auftakt und Abschluss erfüllten das Ziel, die breite Ablehnung des Krieges in der Gesellschaft eindrucksvoll zu demonstrieren.“ Als einen weiteren Erfolg werteten die Veranstalter die internationale Ausdehnung der Aktionen und Demonstrationen gegen den Krieg in Afghanistan: „Am heutigen Samstag protestieren tausende nicht nur in Deutschland gegen den Afghanistankrieg, sondern auch in anderen Ländern. Darunter Belgien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien und bei dem zeitgleich beendeten Europäischen Sozialforum in Malmö.“

Wir veröffentlichen die Rede Matin Barakis jetzt noch, erstens weil es ein „Schweigen der Medien“ gab, das aus auffallend knappen Agenturmeldungen bestand und eigentlich nur vom „Neuen Deutschland“ durchbrochen wurde. Und zweitens, weil Matin Baraki einige sehr harte, erschütternde Fakten präsentierte und zu einer sehr düsteren Prognose kam: „Hier wird nicht beabsichtigt, Parallelen zwischen Kaiserreich, Faschismus und der Bundesrepublik Deutschland herzustellen. Auffällig ist jedoch, daß Afghanistan stets dann für Deutschland von Interesse war, wenn die politische und militärische Klasse Deutschlands Großmachtambitionen hegte. Daran hat sich bis heute nichts geändert! Zweimal ist diese abenteuerliche Strategie des deutschen Imperialismus schief gegangen, mit verheerenden Folgen für Millionen Menschen, ob es dieses Mal gut ausgehen wird, scheint mir sehr unwahrscheinlich!“

Wir wollen hier festhalten, dass diese Warnung von einem Afghanen selbst in aller Deutlichkeit und aller Öffentlichkeit, mitten in der Hauptstadt, ausgesprochen und gut begründet wurde. Es finden schwere Verbrechen statt und es sind noch größere geplant, von schweifwedelnden und antreiberischen Medien begleitet – „Fernfuchter“, wie sie Peter Handke nennt. Wie der Nato-Gipfel am 3./4. April 2009 in Baden-Baden und Straßburg zeigte, wird das Vorgehen der europäischen Regime gegen antimilitaristischen Protest immer gnadenloser, der Einsatz von Militär gegen Kritiker

immer selbstverständlicher. Also hören wir auf Martin Baraki und freuen uns, solange ihn das Regime noch reden lässt. Die Redaktion, 13.4.2009

Liebe Freundinnen und Freunde!

Den Krieg gegen Afghanistan können wir nicht verstehen, wenn wir zwei Dinge dabei nicht berücksichtigen:

Zum einen die geostrategische Lage Afghanistans. Von Afghanistan aus kann die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens, Mittelasien, der Kaukasus und Südasien erreicht werden. Von Afghanistan ist es bis zu den Ländern, wo das schwarze Gold herkommt nur noch ein Katzensprung. Das Land am Hindukusch ist längst zu einem unsinkbaren Flugzeugträger für US-, NATO- und Bundeswehreinheiten degradiert worden.



Zum anderen die Großmachtambitionen der wieder erwachten herrschenden Klasse des nun groß gewordenen Deutschlands. Dies spiegelt sich in den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesrepublik

Deutschland von 2003, in der Konzeption der Bundeswehr von 2004 und im Weißbuch des Bundesministeriums der Verteidigung 2006 in unmißverständlicher Deutlichkeit wider.

Das Afghanistanabenteuer der verspäteten deutschen Imperialmacht hat eine lange Tradition. Als Deutschland am Anfang des 20. Jahrhundert erwachte, war die Welt schon längst unter den anderen imperialistischen Mächten aufgeteilt. Damit wollte sich jedoch das deutsche Kapital nicht abfinden und beschloß den Ersten Weltkrieg zu beginnen.

Damit Deutschland zu einer Großmacht werden konnte – das erklärte Ziel der herrschenden Klasse des kaiserlichen Deutschlands – war es erforderlich, das britische Imperium zu Fall zu bringen. Aus diesem Grunde war Afghanistan ein fester Bestandteil der militärischen Strategie Deutschlands. Afghanistan war das Mittel, das Herz des britischen Imperiums (Indien) zu treffen, das auf dem Landwege nur durch afghanisches Territorium zu erreichen war. „Kaum minder aussichtsreich und gar nicht mehr so entfernt wie man glaubt, ist die

Zukunft unserer Beziehungen mit *Afghanistan*. Kabul aber, die Residenz des afghanischen Emirs, liegt vor dem Kaiberpasse, *dem Tore Indiens!*“ so urteilten damals deutsche Strategen im Kontext des Ersten Weltkrieges. Das war die eigentliche Geburtsstunde der Verteidigung am Hindukusch.

Auch die deutschen Faschisten planten, nach der erfolgreichen Durchführung des Plans „Barbarossa“ (Deckname für den Überfall auf die Sowjetunion) Britisch-Indien anzugreifen. Mit dem Datum des 17. Februars 1941 ist folgende Notiz im Kriegstagebuch des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht zu lesen: „Der Führer wünsche die studienmäßige Bearbeitung eines *Aufmarsches in Afghanistan* gegen Indien im Anschluß an die Operation ‚Barbarossa‘.“ Nach Auffassung von Hitler war „Afghanistan die Rolle eines wichtigen Stützpunktes in den strategischen Plänen zur Eroberung Indiens und der Länder Südasiens zu[gedacht].“ Acht Tage später war die Planung einer Operation gegen Afghanistan ein wichtiges Diskussionsthema bei einer Besprechung im Generalstab des Heeres.

„Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“, verkündete der damalige Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) bei der Vorstellung der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (O-Ton Bundesverteidigungsminister Peter Struck, HR 1 in: Themen des Tages, 18.12.2003, 22:07 Uhr.) Hier wird nicht beabsichtigt, Parallelen zwischen Kaiserreich, Faschismus und der Bundesrepublik Deutschland herzustellen. Auffällig ist jedoch, daß Afghanistan stets dann für Deutschland von Interesse war, wenn die politische und militärische Klasse Deutschlands Großmachtambitionen hegte. Daran hat sich bis heute nichts geändert!

Zweimal ist diese abenteuerliche Strategie des deutschen Imperialismus schief gegangen, mit verheerenden Folgen für Millionen Menschen, ob es dieses Mal gut ausgehen wird, scheint mir sehr unwahrscheinlich!

Unabhängig davon: die Bevölkerung in Afghanistan ist durch den NATO-Krieg mit Beteiligung der Bundeswehr schon längst in eine unerträgliche Lage gebracht worden. Seit 2001 sind über 50 000 Menschen Opfer dieses völkerrechtswidrigen Krieges geworden.

Statt Afghanistan wieder aufzubauen, wie es die Besatzer behaupten, wird das Land täglich durch zum Teil flächendeckende Bombardements der NATO weiter zerstört. Mehr als 50 % der Infrastruktur des Landes sind zunichte gemacht worden. Es wird nur da wieder aufgebaut, wo die Infrastruktur für die Besatzer und ihr Militär sowie deren Versorgung bzw. für die Warlords nutzbar gemacht werden kann.

Die Kabuler Administration betreibt seit 2001 eine Politik der offenen Tür. Wie der Kabuler Wirtschaftsminister Mir Mohammad Amin Farhang bekanntgab, sind 99 % aller Waren, die auf dem afghanischen Markt zum Kauf angeboten werden, Importe. In Afghanistan wird fast nichts produziert. Die afghanischen Bauern und mittelständischen Unternehmen haben keine Chance sich gegen die hoch subventionierte Agrarindustrie und andere Produzenten aus den Ländern der Besatzungsmächte zu behaupten. Die Bauern sind gezwungen Mohn anzubauen, um überhaupt zu überleben. Zwischen 50 und 70 % der Bevölkerung sind arbeitslos; vor allem im Osten und Süden des Landes, wo der Widerstand am stärksten ist.



Demonstration Berlin 20.9.2008

Quelle: Indymedia, <http://media.de.indymedia.org/images/2008/09/227473.jpg>

Die afghanische Elite bzw. was von ihr noch übrig geblieben ist, arbeitet als Türsteher, Bodyguard, Fahrer oder Putzkraft bei den von den Besatzern dominierten Einrichtungen. Können sie etwas Englisch oder Deutsch, verdienen sie als Dolmetscher ihr tägliches Brot.

Die Kabuler Administration besteht aus 50 % Ameriko- und der Rest aus Euro-Afghanen. Nur vier Afghanen sind im Kabinett von Karsai vertreten. Außerdem haben die ca. 2500 in Kabul stationierten sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) faktisch die Regierungsaufgaben in Kabul übernommen. Sie fühlen sich niemandem in Afghanistan rechenschaftspflichtig. Als Wiederaufbauminister hatte sich Farhang beschwert, daß er nicht wisse, was die NGOs machen. Auf seine schriftlichen Anfragen erhielt er nie eine Antwort. Der ehemalige Planungsminister Ramazan Baschardost bezeichnete die NGOs gar als zweite Al-Qaeda in Afghanistan. Als er ihre Auftragsbücher kontrollieren wollte, wurde er sofort von Karsai entlassen.

Der Krieg ist u.a. damit legitimiert worden, die afghanischen Frauen von der Unterdrückung durch die Taleban befreien zu wollen. Befreit wurden jedoch nur die Ameriko- und die Euro-Afghaninnen, die im Parlament sitzen, hohe Posten in der Administration bekleiden, US-Dollar kassieren, in den Luxushäusern Kabuls residieren und von Bodyguards geschützt werden. Um die über 55.000 in Kabul dahinvegetierenden Witwen kümmert sich niemand. Soweit das Auge reicht, reihen sie sich in die bettelnden Menschenschlangen ein, die jüngeren sind dazu verdammt sich zu prostituieren.

Die Selbstverbrennung von Frauen ist ein völlig neues Phänomen in Afghanistan. Viele Frauen verbrennen sich entweder aus Perspektivlosigkeit oder verstümmeln sich aus Verzweiflung um dem Verkauf durch ihren verarmten Angehörigen an reiche Männer zu entgehen oder sich aus unerträglichen, sklavenähnlichen, von häuslicher Gewalt geprägten Ehen zu befreien! Hier wird die Behauptung der USA und der NATO, die afghanischen Frauen befreien zu wollen, zur Farce. Nicht wenige Familien verkaufen ihre Kinder, um sich selbst und ihre anderen Kinder am Leben halten zu können. Die Afghanen haben nichts zu verlieren, außer ihrem Elend! Wenn der Mensch nichts zu verlieren hat, dann ist er auch zu allem bereit.

Drogenbekämpfung war eine weitere Begründung für die Besetzung Afghanistans. Zuvor wurde jedoch nur in den an Pakistan grenzenden Provinzen des Landes Mohn angebaut. Seit der Besetzung des Landes im Jahre 2001 wurde vor den Augen der NATO, zum Teil sogar



Am 20.9.2008 fand gleichzeitig zur Berliner Großkundgebung gegen den Afghanistaneinsatz auch eine Demonstration in Stuttgart statt, an der sich aus Augsburg u.a. die Augsburger Friedensinitiative beteiligte. Es wurden 6000 Teilnehmer allein in Stuttgart genannt.

mit ihrer Duldung und Unterstützung, in allen 32 Provinzen Mohn angebaut und mittlerweile in vierzehn modernen Labors, die in Afghanistan völlig unbekannt waren, weiter zu Heroin verarbeitet. Nach UN-Angaben haben 2007 die Bauern 8.200 Tonnen Rohopium geerntet. Das ist weltweit wie auch für afghanische Verhältnisse Spitze. Der deutsche Sektor im Norden des Landes ist

das zweitgrößte Anbaugelände für Mohn. Die Karawanen von Drogenhändlern passieren vor den Augen der Bundeswehr die Region!

Afghanistan ist erst seit 2001 zu einem „Drogen-Mafia-Staat“ geworden, sagte der erste Kabuler Finanzminister, ein US-Bürger und ehemaliger Weltbank-Manager, Mohammad Aschraf Gani. Ahmad Wali Karsai, ein Bruder des Kabuler Präsidenten ist Präsident des Provinzrates in süd-afghanischen Qandahar. Allein er kassiert jährlich 20 Mio. \$ Schutzgelder von den Drogenhändlern. Schon vor drei Jahren hatte ich darüber berichtet. Heute pfeifen es

die Spatzen von den Dächern. Die Familie eines Staatssekretärs im afghanischen Innenministerium, dessen Aufgabe ausschließlich die Drogenbekämpfung ist, betreibt Drogenhandel, wie ein Senator im afghanischen Oberhaus anprangerte. Am 10. Oktober 2008 hat die NATO auf ihrer Budapester Tagung die ursprünglich von der UNO beauftragte Schutztruppe ISAF angewiesen, den Drogenanbau und -handel zu bekämpfen, aber nur die Drogenhändler, die den Widerstand finanzieren, sollen bekämpft werden. Die befreundeten Drogenhändler werden verschont und dürfen weiter ungehindert agieren.

Sowohl die US-Einheiten als auch die NATO und die ISAF bombardieren in Afghanistan flächendeckend, berichtete die in Kabul stationierte Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das bedeutet, daß Hochzeits- und Trauerfeierlichkeiten oder Dorfversammlungen auf Verdacht bombardiert werden, weil angeblich ein Widerständler dabei sein könnte. Meistens kommen jedoch unschuldige Zivilisten, vielfach Frauen und Kinder, zu Tode. Das ist nach dem Haager Kriegsrecht ein Kriegsverbrechen.

Als ich Mitte März 2008 noch in Afghanistan war, wurde ein Dorf durch NATO-Einheiten bombardiert. Der Privatsender Tolo-TV berichtete darüber. Man konnte nur zwei Frauen und sechs Kinder sehen, die das Dorf verlassen konnten, ansonsten nur Rauch, Staub und Trümmer. Wieviele Menschen dabei ihr Leben verloren haben, ist nicht bekannt. Da die NATO-Soldaten vor den sehr motivierten Widerständlern Angst haben, rufen sie allzu schnell die Luftwaffe an, die dann die Ortschaften gnadenlos zerstört. Kollateralschäden werden dabei in Kauf genommen. Das ist u.a. auch der Grund für die Erstarkung des Widerstandes. Außer den Besatzern redet heute kaum jemand mehr von einem islamischen Widerstand, denn der hat mittlerweile einen nationalen Charakter angenommen. Insgesamt leisten 2200 organisierte Gruppen in Afghanistan Widerstand.

Afghanistan ist mit ca. 30 000 Personen-Minen wie mit einem Teppich belegt. Mit der Kapazität und dem Tempo, wie derzeit die Minen geräumt werden, wird es nach UN-Angaben 400 Jahren dauern, um das Land davon zu befreien.

Das Land am Hindukusch ist durch die Besatzer für vogelfrei erklärt worden. Dort werden die neuesten Waffen, die zum größten Teil völkerrechtlich geächtet sind, getestet. Seitdem kommt es häufig zu Mißbildungen bei neugeborenen Kindern. Nicht nur das Land wird so vergiftet, sondern auch die Zukunft Afghanistans zerstört. Damit erfüllen die USA und die NATO den Tatbestand eines Kriegsverbrechens.

Die Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr vom Typ „Tornado“, die seit etwa einem Jahr in Afghanistan eingesetzt werden, leisten Beihilfe zum Mord. Sie suchen und photographieren

die Objekte und geben die Fotos weiter an US- bzw. NATO-Einheiten, die dann alles gnadenlos zerstören.

Die Awacs-Flugzeuge der Bundeswehr, seit kurzem in Afghanistan im Einsatz, haben mit der Aufstandsbekämpfung nichts zu tun. Sie sind eher für künftige Kriege in der Region dahin



Demo Stuttgart 20.9.2008

abkommandiert worden.

Diese Flugzeuge fliegen 10 000 Meter hoch und spionieren die gesamte Region um Afghanistan aus, d.h. tief in die VR China, Mittelasien, Iran, Pakistan usw.

Vorschläge für Perspektiven Afghanistans:

Um die Souveränität Afghanistans

wiederherzustellen sowie

der Selbstbestimmung der Afghanen Rechnung zu tragen, müßte ein sofortiger Abzug der US- und NATO-Einheiten aus Afghanistan vollzogen werden.

Der beste und einzig gangbare Weg zur Befriedung Afghanistans wäre die Bildung einer wirklich repräsentativen Regierung in Afghanistan und eben nicht irgendwo im Ausland. Wir brauchen kein „zweites Petersberg“, wie manche Politiker des Westens ins Gespräch brachten, sondern ein „erstes Afghanistan“. Unter strengster Kontrolle nicht durch die am Krieg beteiligten Nationen, sondern der 118 Blockfreien Staaten, der aus 57 Mitgliedern bestehenden Konferenz der Islamischen Staaten, der internationalen Gewerkschaften, von Friedens-, Frauen- und Studentenorganisationen sollten Wahlen für eine Loya Djirga (Ratsversammlung) durchgeführt und auf dieser repräsentativen Versammlung eine provisorische Regierung und Kommissionen zur Ausarbeitung einer Verfassung sowie von Parteien- und Wahlgesetzen gewählt werden. Eine Regierung, vom Volk gewählt, hätte auch in Kabul kaum etwas zu befürchten. Im schlimmsten Fall sollte, wenn für kurze Zeit Militärschutz benötigt werden sollte, eine International Security Assistance Force ausschließlich von Staaten aufgestellt werden, denen das Land nahe steht, wie den Blockfreien und den islamischen Staaten. Damit wäre auch den Islamisten der Wind aus den

Segeln genommen, denn Afghanistan wäre dann nicht von „ungläubigen Christen“ und dem „großen Satan“ besetzt.

„Der Einsatz am Hindukusch dauert jetzt schon so lange wie der Zweite Weltkrieg, ohne daß ein Ende absehbar ist. Eine ehrliche Debatte über den nötigen Strategiewechsel, die gewünschten Ziele und ein vernünftiges Ausstiegsszenario ist deshalb überfällig“, mahnte ein Kommentator der Süddeutschen Zeitung an. Mit „Durchhalte-“ und „Kurshalte“-Parolen sowie noch mehr Militär, wie der frühere UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Tom Koenigs, verlangte, wird es in Afghanistan jedenfalls weder Frieden noch Wiederaufbau geschweige denn Nation-building geben. „Wer a sagt, der muß nicht b sagen. Er kann auch erkennen, daß a falsch war“. Diese Erkenntnis Bertolt Brechts muß die politische und militärische Klasse der NATO beherzigen und die Fehler ihres Afghanistanabenteuers korrigieren. Darüber hinaus wäre eine nationale Versöhnungspolitik einzuleiten, die schon Anfang der 90er Jahre der damalige afghanische Präsident Dr. Nadjibullah anvisiert hatte. Parallel dazu sollte eine „Wahrheitskommission“ möglicherweise nach südafrikanischem Vorbild errichtet und ein „Marshallplan“ für den Wiederaufbau des Landes ausgearbeitet werden.

Um die Warlordisierung, wenn nicht gänzlich zu beseitigen, so doch einzuschränken, sollten die afghanische Zivilgesellschaft sowie säkular orientierte Gruppierungen und Persönlichkeiten, auch die zahlreichen noch im Exil lebenden Afghanen, aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Politik für eine Zusammenarbeit gewonnen werden.

Wenn überhaupt ein ernsthafter Wiederaufbau in Afghanistan in Angriff genommen werden soll, so verdiente die Minenräumung allererste Priorität. Fast das gesamte Land ist mit Bomblets der von USA eingesetzten Streubomben übersät, mit einer geschätzten Blindgängerquote von 50%. Deren meisten Opfer sind wiederum Zivilisten, darunter viele Kinder.

Afghanistans ökonomische Perspektive liegt in der Abkoppelung von kolonialähnlichen wirtschaftlichen Strukturen und der stärkeren Hinwendung zu einer regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den industriell entwickelteren Nachbarn Indien, China, Iran und Pakistan sowie in einer Süd-Süd-Kooperation. Neue Ansätze gibt es seit 2003, als das IBSA-Forum mit Indien, Brasilien und Südafrika gegründet wurde. Im Juli 2007 trafen sich ihre Außenminister in Neu-Delhi und vereinbarten u.a. die Einbeziehung der ärmeren Länder in gemeinsame Projekte. Es gibt bereits erfolgreich durchgeführte Vorhaben z.B. in Haiti und Guinea-Bissau. Als US- bzw. NATO-Protectorat hat Afghanistan weder politische

noch ökonomische Perspektiven, geschweige denn eine friedliche und prosperierende Zukunft.

- Die Afghanen müssen endlich ihr Selbstbestimmungsrecht bekommen.
- Friede den Afghanen!
- Alle Besatzer einschließlich der Bundeswehr raus aus Afghanistan, denn sie sind nicht nur Teil des Problems in Afghanistan und tragen nichts zur Lösung bei, sondern sie sind das Problem! So lange sie da sind, wird es im Lande keine Ruhe, geschweige denn Wiederaufbau und Frieden geben.
- Wer nicht will, daß die Außenpolitik der BRD weiter militarisiert wird und das Land wieder Großmachtpolitik betreibt – die historischen Erfahrungen waren ja katastrophal –,
- Wer will, daß Afghanistan friedlich wird,
- Wer nicht will, daß die Nachbarländer Afghanistans wie die Atommacht Pakistan mit starken islamistischen Parteien weiter destabilisiert werden,
- der muß den sofortigen Abzug aller NATO- und Bundeswehr-Einheiten aus Afghanistan verlangen!

Vielen Dank